

Antragsbuch

**zum virtuellen Bezirksparteitag
der FDP Oberbayern**

am 8. November 2020

**Freie
Demokraten**
FDP

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in	Seite
01	Flexibilisierung von Zeitkarten und Abos im Öffentlichen Personennahverkehr KV Fürstenfeldbruck	2
02	Bedingungsloses Grundeinkommen KV Fürstenfeldbruck	4
03	Bezirksfinanzierung neu ausrichten Bezirkstagsfraktion	6
04	Gender Pay Gap schließen – Familien unterstützen Liberale Frauen Oberbayern	7
05	Bezirk Oberbayern – demokratischer und bürgernäher Junge Liberale Oberbayern	9
06	Runter vom Abstellgleis – Deutsche Bahn fit für die Zukunft Junge Liberale Oberbayern, KV Freising, KV Pfaffenhofen, KV Traunstein	11
07	Schluss mit der Vorratsdatenspeicherung: Effektive und datenschutzkonforme Corona-Kontaktnachverfolgung Bezirksvorstand	17
08	Quis custodit custodes Bezirksvorstand	19
09	Nichtanzeige geplanter Straftaten Bezirksvorstand	21
10	Echte Online-Wache einrichten: Online-Anzeigeerstattung für weitere Delikte ermöglichen Bezirksvorstand	22
Anhang	Stand der Anträge vom letzten Bezirksparteitag (Antragsnachverfolgung)	23

Antrag 01: Flexibilisierung von Zeitkarten und Abos im Öffentlichen Personennahverkehr

Antragsteller/in: KV Fürstenfeldbruck

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP Oberbayern setzt sich in den zuständigen Gremien dafür ein, dass in den
- 2 Tarifstrukturen im öffentlichen Personennahverkehr eine Anpassung der Zeitkarten- und
- 3 Abo-Angebote umgesetzt wird, um Lösungen mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten für
- 4 Pendler mit zukünftig vermehrtem Home-Office-Einsatz und Teilzeit zu ermöglichen.
- 5 Dabei sollen die bereits vorhandenen flexiblen Startmöglichkeiten für Zeitkarten um
- 6 Angebote mit flexibler Nutzungsdauer und frei wählbarer Nutzungsintensität erhöht
- 7 werden. Dies kann durch Zeitkarten, die eine festgelegte Anzahl an Nutzungstagen in
- 8 einem bestimmten Zeitraum vorsehen, welche vom Kunden nach eigenem Bedarf
- 9 „verbraucht“ werden können, realisiert werden.

Begründung

Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitswelt führte bereits vor der aktuellen Corona-Situation zu Veränderungen in den Bereichen Arbeitszeit und Einsatzort. Insbesondere lässt sich bereits seit einigen Jahren ein stetig ansteigender Einsatz von Mitarbeiter im „Home-Office“ bzw. im mobilen Arbeitseinsatz feststellen. Diese Veränderungen werden einerseits durch den zunehmenden Einsatz digitaler Technologien und Kommunikationsmittel ermöglicht, andererseits reagieren die Unternehmen auf den verstärkten Wunsch Ihrer Arbeitgeber von Zuhause aus tätig zu sein. Im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie einer gelebten Chancengleichheit für Eltern mit Kindern, insbesondere Alleinerziehenden, gegenüber kinderlosen Arbeitnehmern begrüßen wir diese Entwicklung. Außerdem vermindert der „Home-Office-Einsatz“ den Bedarf an Mobilität und hat damit einen direkten positiven Effekt im Sinne des Klimaschutzes.

In den vergangenen Monaten wurden viele Arbeitnehmer Corona-bedingt und damit zwangsläufig „ins Home-Office geschickt“. Die Erfahrungen der letzten Monate führten bei vielen Unternehmen zu der Erkenntnis, dass der mobile Einsatz vieler Mitarbeiter nicht nur möglich ist, sondern auch einen positiven auf Zufriedenheit, Effektivität und Motivation haben kann. Damit steigt die Bereitschaft der Unternehmen auch in Zukunft, nach Überwinden der Coronakrise, das Arbeiten „aus dem Home-Office“ zuzulassen und zu ermöglichen. Aus diesem Grund können wir uns auch in Zukunft auf weniger Pendeln und damit auf eine Entlastung des Straßenverkehrs und des ÖPNV einstellen. Dabei ist nicht nur mit insgesamt weniger Pendeln, sondern auch mit einer Entzerrung des Berufsverkehrs über den gesamten Tag zu rechnen, da auch die Arbeitszeiten zunehmend flexibler und von den Mitarbeitern eigenverantwortlich gestaltbar werden.

Es wird jedoch trotz Home-Office aus inhaltlichen, wie auch aus sozialen Gründen, die Anwesenheit der Arbeitnehmer im Unternehmen sporadisch bzw. an manchen Tagen gewünscht

und erforderlich sein. Dies kann zu verschiedenen Modellen führen, etwa mit jeweils den gleichen Wochentagen im Homeoffice und am bisherigen Arbeitsplatz. Es kann aber auch zu einer individuell gestaltbaren, bedarfsgerechten und flexiblen Verteilung von Präsenz- und Home-Office-Tagen kommen. In jedem Fall wird die Zeitkarte nicht mehr im gesamten Gültigkeitszeitraum genutzt. Die bisherigen Zeitkartenangebote des MVV sind für eine derartige Situation nicht ausgelegt. Zwar sind flexible Startmöglichkeiten einer Zeitkarte möglich, diese ist dann jedoch an allen darauffolgenden Tagen des gewünschten Zeitraums gültig. Damit wird die Nutzung des ÖPNV an nur ausgewählten Tagen mit diesen Zeitkarten teuer und unrentabel und es besteht die Gefahr, dass auf die Nutzung des ÖPNV ganz verzichtet wird und die notwendige Flexibilität durch das Pendeln mit dem privaten PKW erreicht wird.

Die neuen Zeitkartentarife müssen eine höhere Flexibilität im Hinblick auf die einzelnen Nutzungstage und damit auch einen daran angepassten Preis aufweisen. So lässt sich z.B. eine Monatskarte denken, bei der pro Monat eine bestimmte Anzahl an Nutzungstagen (wir kennen dies aus dem Bereich der Liftkarten, wo z.B. eine Karte „5 aus 7“ angeboten wird) „gekauft“ werden oder bei den einzelnen Wochentagen fest ausgewählt werden können. Ein ähnliches Prinzip ließe sich auch auf die Jahreskarte übertragen, die dann z.B. für „50 aus 365“ angeboten wird.

Die Realisierung derartiger Zeitkartenmodelle ist vor allem in Verbindung mit einem digitalen Ticket per App sehr gut realisierbar. So wäre es dem Fahrgast an jedem Tag möglich, vor Fahrtantritt den aktuellen Tag als „Nutzungstag“ festzulegen und ihn damit zu entwerten.

Eine erste grobe Recherche zu bestehenden flexibleren Zeitkarten- und Abo-Modell in anderen Verkehrsbetrieben und -verbänden zeigt, dass eine stärkere Flexibilisierung dort bereits mit einem flexiblem Starttermin für Zeitkarten erreicht wird. Einige Beispiele orientieren sich an dem Modell der Bahncard, welche durch Zahlung einer Grundgebühr für einen bestimmten Zeitraum eine Rabattierung der „normalen“ Fahrkarten zur Folge hat.

Wir sind der Meinung, dass mit dem vorliegenden Vorschlag eine wirkliche und größtmögliche Flexibilisierung erreicht werden kann, die bisherige ÖPNV-Pendler auch in Zukunft nicht von der Nutzung von Bussen und Bahnen abhalten wird und zudem das Potential hat, zusätzliche Pendler für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen.

Antrag 02: Bedingungsloses Grundeinkommen

Antragsteller/in: KV Fürstenfeldbruck

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Für die FDP sind „bedingungsloses Grundeinkommen“, „Liberales Bürgergeld“ und
- 2 „negative Einkommenssteuer“ verschiedene Begriffe für die gleiche Sache.
- 3 In Zukunft verwendet die FDP vorrangig den Begriff „**bedingungsloses Grundeinkommen**“
- 4 und füllt diesen mit liberalen Werten.
- 5 Die heutige Landschaft der Sozialtransfers ist durch eine Vielzahl unterschiedlicher
- 6 Leistungen gekennzeichnet. In aufwendigen Antrags- und Prüfverfahren wird der
- 7 jeweilige Bedarf festgestellt. Ein vereinheitlichtes Grundeinkommen hat eine massive
- 8 Vereinfachung zur Folge. Hilfesuchende sind meist mit ihrer eigenen Situation bereits
- 9 stark beschäftigt. Die komplizierten und aufwendigen Verfahren führen häufig zu einer
- 10 Überforderung. **Es gilt, die Bedürftigen zu unterstützen, nicht die Findigen.**
- 11 Darüber hinaus leistet sich Deutschland eine aufwendige **Sozialbürokratie**. Ein
- 12 Grundeinkommen würde die zahlreichen Leistungen zusammenführen, vereinheitlichen und
- 13 auf diese Weise bei allen Beteiligten Geld und Zeit sparen.
- 14 Weiterhin wäre dieses Grundeinkommen ein Basisschutz bei Berufsunfähigkeit oder
- 15 staatlich verordneter Berufseinschränkung, wie aufgrund der Corona-Pandemie. Es kann
- 16 auch eine Mindestrente sicherstellen.
- 17 Das Grundeinkommen wird mit dem Einkommen verrechnet. Ganz im Sinne „ **Leistung soll**
- 18 **sich lohnen**“ werden aber nicht die ganzen Einnahmen mit dem Grundeinkommen
- 19 verrechnet, sondern nur ein Teil. Es gilt folgender Stufentarif:
- 20 • Bis 100 Euro: 0% Anrechnung, die Einnahme bleibt bis zu dieser Höhe vollständig
- 21 neben dem Grundeinkommen erhalten.
- 22 • Über 100 Euro bis 300 Euro: 25% Anrechnung.
- 23 • Über 300 Euro: 50% Anrechnung.
- 24 Das Grundeinkommen kann neben einem einheitlichen Grundbetrag noch ergänzende
- 25 Beträge
- 26 für besondere Lagen beinhalten, etwa bei hoher Miete, Behinderung oder Krankheit. Die
- 27 Durchführung übernimmt das Finanzamt. Das vereinfacht das Verfahren zusätzlich, weil
- 28 das Finanzamt schon über die relevanten Informationen verfügt.
- 29 **☞ Freiheit bedeutet auch die Chance, scheitern zu können.** Ein bedingungsloses
- 30 Grundeinkommen ist Instrument für eine Kultur des Scheiterndürfens. Beim
- 31 bedingungslosen Grundeinkommen entfallen eine Vielzahl an Bedingungen und Prüfung.
- 32 Die Bedürftigkeitsprüfung ist durch das Anrechnungsverfahren systemimmanent
- integriert.

- 33 Mit einer fairen Anrechnung wird nicht nur die **Motivation** gestärkt, sondern diese ist
34 auch flexibel, um schwierige Situationen abzufedern. Zugleich beschränkt die
35 Anrechnung das Grundeinkommen auf die **wirklich Bedürftigen** und macht es finanzierbar.
36 Eine Kopfpauschale ohne Anrechnung lehnt die FDP ab.
- 37 Auf eine Vermögensgrenze verzichten wir. Da Vermögen auch Einkommen erzeugt, ist bei
38 einer Einkommensanrechnung eine indirekte Anrechnung von Vermögen integriert.
- 39 Die FDP Oberbayern setzt sich dafür ein, dass die FDP das bedingungslose
40 Grundeinkommen im Bundestagswahlprogramm 2021 verankert. Aufgabe der nächsten
41 Bundesregierung ist es die Modalitäten für die Transformation des bestehenden Systems
42 in ein Grundeinkommen zu konzipieren und in einem Gesetz umzusetzen.

Begründung

Seit 26 Jahren wirbt die FDP mit Begriff „Bürgergeld“ für ein einfaches und faires Sozialsystem im Bundestagswahlprogramm. Leider ist es in der ganzen Zeit nicht gelungen den Begriff aus einem Nischendasein herauszuführen. Durchgesetzt hat sich der Begriff „Grundeinkommen“, auch international (basic income). Die FDP muss den Mut haben diesem Begriff nicht auszuweichen, sondern mit liberalen Inhalten zu füllen.

Das Grundeinkommen ist das Gegenstück zur Steuerpflichtigkeit von Einkommen, die andere Seite der Medaille. Es passt daher hervorragend zum Gesetzesentwurf der FDP für eine niedrige, einfache und gerechte Einkommenssteuer.

Wer beispielsweise zu einem Grundeinkommen von 1000 Euro noch weitere 800 Euro verdient, der hat in Summe 1500 Euro:

- Bis 100 €: Anrechnungssatz 0%, Anrechnungsbetrag **0 €**
- 100 € – 300 €: Anrechnungssatz 25%, Anrechnungsbetrag **50 €**
- 300 € – 800 €: Anrechnungssatz 50%, Anrechnungsbetrag **250 €**

Insgesamt 300 Euro werden auf das Grundeinkommen angerechnet, so dass von 1000 Euro Grundeinkommen 700 Euro verbleiben. Mit dem eigenen Einkommen von 800 Euro beträgt das Gesamteinkommen 1500 Euro.

Die Grenze für ein Grundeinkommen liegt in diesem Beispiel bei 2200 Euro.

Schon heute besteht de facto ein Anspruch auf ein bedingungsloses Grundeinkommen, da es ein Gebot der Verfassung ist jedem Menschen ein Existenzminimum zu sichern, unabhängig von der Bereitschaft Bedingungen wie die Arbeitsaufnahme anzunehmen.

Das dargestellte Verfahren ist eine drastische Vereinfachung und ersetzt die heutigen Sanktionssysteme durch Motivation und ein Aufstiegsversprechen.

Antrag 03: Bezirksfinanzierung neu ausrichten

Antragsteller/in: Bezirkstagsfraktion

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Finanzierung des Bezirks Oberbayern ebenso wie aller bayerischen Bezirke benötigt
- 2 eine grundsätzliche Neuausrichtung, bei der der Bezirk seiner Verantwortung als
- 3 überörtlicher Sozialhilfeträger auch gerecht werden kann. Die für den Bezirk
- 4 gedachten Mittel sind auch dem Bezirk zuzuführen, nicht den Landkreisen.

Begründung

Der Bezirk Oberbayern finanziert sich aus Mitteln nach Art. 15 FAG, im Übrigen durch die Bezirksumlage. Die Mittel nach Art. 15 FAG reichen in Oberbayern vom 01. bis zum 06. Januar eines Jahres, über 2 Mrd. € werden über die Bezirksumlage von den 26 Landkreisen und drei kreisfreien Städten erhoben. Seit Jahren mehren sich aber die Aufgaben, die Bund und Freistaat den Bezirken zuweisen. So haben die Mittel, die zur Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die das 18. Lebensjahr (auf dem Papier aufgrund der angegebenen Daten) erreichen und die nun dem Bezirk zustünden, den Landkreisen zugewiesen. Hierdurch sind den Bezirken Milliardenbeträge entgangen. Da die Bezirke bundesweit einmalig sind, ist dies in anderen Bundesländern auch nicht aufgefallen.

Weitere bundesgesetzliche Vorgaben, z. B. das Angehörigen-Entlastungsgesetz und das BTHG verursachen erhebliche zusätzliche Kosten, die die Bezirke nicht abfedern können. Gegenwärtig müssen sie auch diese über die Bezirksumlage einholen. Dies führt zu erheblichen zusätzlichen Belastungen in der kommunalen Familie.

Es bedarf einer völligen Neuausrichtung des allgemeinen Steuerverbunds, an dem alle Kommunen insgesamt deutlich stärker partizipieren müssen als in der Vergangenheit.

Antrag 04: Gender Pay Gap schließen – Familien unterstützen

Antragsteller/in: Liberale Frauen Oberbayern

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Familienplanung wirkt sich stark auf die Karrieren und die häusliche
- 2 Arbeitsteilung aus. Noch immer sind es die Frauen, die häufiger und länger in
- 3 Elternzeit gehen. Das führt dazu, dass ihre Lebensläufe Unterbrechungen aufweisen und
- 4 ihr Kenntnisstand und die Netzwerke unter der Pause leiden. Diese Konstellation kann
- 5 weitreichende Folgen für die berufliche Zukunft der Frauen und letztendlich ihre
- 6 Renten haben.
- 7 Vor allem bei sogenannten untypischen Frauenberufen ist eine solche Entwicklung zu
- 8 beobachten. Daraus ergibt sich dann anschließend die Einkommensdifferenz von aktuell
- 9 bis zu 20 %, denn die Frauen, die eine sehr gute schulische und akademische Bildung
- 10 genießen und sehr qualifiziert sind, können bei einer Entwicklung, wie sie eingangs
- 11 beschrieben ist, nicht von ihrer hohen Qualifikation im Hinblick auf die Gehälter
- 12 profitieren.
- 13 In den letzten Jahren wurde unter anderem seitens der Politik einiges dafür getan, um
- 14 eine egalitäre Arbeitsteilung in den Familien zu ermöglichen. Elternzeit für Väter
- 15 ist dabei eine wichtige Errungenschaft. Allerdings ist die Zahl der Väter, die dieses
- 16 Angebot nicht zuletzt aufgrund der Diskriminierung und Mobbing am Arbeitsplatz nicht
- 17 wahrnehmen, sehr hoch. Denn immer noch ist die klassische Rollenaufteilung stark
- 18 identitätsstiftend und eine Abweichung gesellschaftlich unerwünscht. Es ist daher die
- 19 Aufgabe der Politik, einen stärkeren Fokus auf die gesellschaftliche Debatte und
- 20 dadurch Aufklärung zu legen. Im selben Moment darf der Staat nicht länger durch seine
- 21 Institutionen und Gesetze ungleichheitsstiftend wirken.
- 22 **Die FDP Oberbayern fordert:**
- 23 1. Abschaffung des Ehegatten-Splitting
- 24 2. Abschaffung der Familienversicherungsgrenze von 450 €
- 25 3. Bundesweite Aufklärungskampagne des Bundesfamilienministeriums gegen
- 26 Diskriminierung der Väter in Elternzeit
- 27 4. Repräsentative Statistik des Bundesfamilienministeriums über die von Männern
- 28 bereits genommene Elternzeit, ihre Erfahrungen etc.
- 29 5. Erweiterung des 2006 in Kraft getretenen Antidiskriminierungsgesetzes um die
- 30 Komponente der Diskriminierung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz aufgrund
- 31 der Familienplanung
- 32 6. Eine Anpassung des Entgelttransparenzgesetzes:

- 33 • Ausweitung auf Unternehmen mit einer Mitarbeiterzahl unter 200 Beschäftigte
- 34 • Klare Prüfverfahren für Unternehmen
- 35 • Ggf. weitere Anpassungen mit dem Ziel der tatsächlichen Reduktion der
36 bereinigten Entgeltdifferenz

Antrag 05: Bezirk Oberbayern – demokratischer und bürgernäher

Antragsteller/in: Junge Liberale Oberbayern

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Bezirke nehmen Aufgaben wahr, die die Leistungskraft oder den Bereich der
- 2 Landkreise und kreisfreien Städten übersteigt. Diese Aufgaben sind im Besonderen
- 3 solche der Sozialhilfe, der Teilhabe für Menschen mit Behinderung und von Behinderung
- 4 bedrohter Menschen, Trägerschaft von Psychiatrien, des Naturschutzes und der Kultur-,
- 5 Heimat-, und Denkmalpflege.
- 6 Die FDP Oberbayern sieht in den Bezirken, der dritten kommunalen Ebene in Bayern,
- 7 eine wichtige regionale Verankerung der Demokratie. Gerade darum fordern wir
- 8 Veränderungen in den Bereichen Wahlen und Abstimmungen, Verwaltung und Finanzierung.
- 9 **1. Finanzierung**
- 10 Der Bezirk Oberbayern finanziert sich zu 90% aus der Bezirksumlage. Diese wird, je
- 11 nach Steuerkraft, von den Landkreisen und kreisfreien Städten gezahlt. Wir finden:
- 12 Solide Finanzierung geht anders!
- 13 Die Landkreise wiederum finanzieren sich über die Kreisumlage durch Beiträge der
- 14 Gemeinden.
- 15 Der Bezirk nimmt in Bayern viele Pflichtaufgaben wahr – gerade im Bereich der
- 16 Eingliederungshilfe und der ambulanten Pflege. Dadurch hat der Bezirk wenig
- 17 Einsparmöglichkeiten im Budget, selbst in einer solchen Krisen wie jetzt. Die
- 18 Gemeinden finanzieren sich auch über die Gewerbesteuer. In einer Wirtschaftskrise ist
- 19 mit einem drastischen Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen. Die Steuerkraft
- 20 sinkt, der Finanzbedarf des Bezirks bleibt aber, das führt somit zu steigenden
- 21 Hebesätzen – erst in der Bezirksumlage und dann in den Kreisumlagen. Am Schluss fehlt
- 22 das Geld den Gemeinden vor Ort. Das gilt es zu verhindern.
- 23 Wir fordern daher, ein eigenes System der Steuerzuweisung für die Bezirke. Dies würde
- 24 zu einer Verstetigung der Einnahmen bei gleichzeitiger Entlastung der Gemeinden
- 25 führen.
- 26 Im Bereich der überörtlichen Sozialhilfe fordern wir das Drittel-Prinzip zwischen
- 27 Bund, Ländern und Kommunen. Die Gelder sind dabei der tatsächlich zuständigen Stelle
- 28 zuzufließen, hier also den Bezirken.
- 29 Als kommunale Ebene steht auch dem Bezirk ein kommunales Selbstverwaltungsrecht zu.
- 30 Daher muss der Freistaat Bayern beim Bayrischen Finanzausgleich die Bezirke von sich
- 31 aus berücksichtigen, sodass auch die Bezirke als Kommunen ihre Aufgabe „kraftvoll“
- 32 wahrnehmen können.

33 **2. Abstimmungen**

34 Auf Bezirksebene sind zurzeit Bürgerbegehren und -entscheide sowie Bürgeranträge
35 nicht möglich. Auf allen anderen Ebenen in Bayern (Landes-, Landkreis-, Gemeindeebene)
36 sind Formen der direkten Demokratie möglich. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur
37 politischen Bürgernähe und unseres demokratischen Systems.

38 Wir fordern daher, diese Lücke zu schließen und eine Regelung Art. 12a Bürgerbegehren
39 und Bürgerentscheide und Art. 12b Bürgerantrag in die Bezirksordnung einzufügen.
40 Vorbild dafür können Art. 18a u. 18b der Gemeindeordnung und 12a u. 12b der
41 Landkreisordnung sein.

42 **3. Wahlen**

43 Sowohl der Bürgermeister auf Gemeindeebene wie auch der Landrat auf Landkreisebene
44 werden direkt gewählt. Der Bezirkstagspräsident, der den Bezirk auch als Ganzes nach
45 außen vertritt, wird hingegen lediglich vom Bezirkstag gewählt.

46 Wir fordern daher, dass Amt des Bezirkstagspräsidenten in ein Amt des
47 Bezirkspräsidenten umzugestalten. Dabei sollen die Ämter des Regierungspräsidenten
48 und des Bezirkstagspräsidenten zusammengelegt werden. Dieser soll direkt von den
49 Bezirksbürgern gewählt werden. Die Verwaltung durch Regierung und Bezirk soll ähnlich
50 der Landratsämter zusammengelegt werden.

51 **4. Verwaltung**

52 Die Verwaltung muss auf mögliche Digitalisierungsmaßnahmen überprüft werden. Ziel muss
53 es sein, hin zu einer „papierlosen Verwaltung“ zu kommen.

54 Wir fordern daher, dass Anträge nicht nur als PDF-Datei abrufbar, sondern auch online
55 einreichbar sind. Der Bedarf für Online-Video Beratungen soll geprüft und
56 gegebenenfalls, für die Bürger, eingeführt werden. Gerade auch die Corona-Pandemie
57 zeigt, wie wichtig solche zusätzlichen Online Angebote sind.

Antrag 06: Runter vom Abstellgleis – Deutsche Bahn fit für die Zukunft

Antragsteller/in: Junge Liberale Oberbayern, KV Freising, KV Pfaffenhofen, KV Traunstein, Tobias Weiskopf, Siegfried Hartmann, Martin Alberti, Jennifer Kaiser, Philipp Fincke, Felix Meyer, Luis Sanktjohanser, Christian Schunck, Sven Gossel

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Präambel**

2 Damals noch eine große Innovation: 1835 fuhr die erste Eisenbahn in Deutschland – im
3 Königreich Bayern zwischen Nürnberg und Fürth. Seitdem ist sie überwiegend in
4 staatlicher Hand. Heute wird der Bahn besonders im Hinblick auf den Klimaschutz eine
5 neue Stellung zuteil und das mit zunehmender Bedeutung.

6 Wir sehen großes, noch ungenutztes Potential im bundeseigenen Deutsche Bahn-Konzern
7 und dem Schienenverkehr allgemein. Daher möchten wir beide mit den folgenden
8 Forderungen fit für Gegenwart und Zukunft machen.

9 **Allgemeines**

10 Wir Freie Demokraten möchten mehr Wettbewerb auf der Schiene ermöglichen. Anstatt
11 hoher Preise durch ein weitgehendes de facto-Monopol des Deutsche Bahn-Konzerns
12 möchten wir mit dem freien Markt für faire Preisbildung und bessere Qualität sorgen.

13 Dazu müssen Infrastruktur und Betrieb komplett getrennt werden. Für uns ist klar: Die
14 Infrastruktur ist Kernaufgabe des Staates, und deswegen sollen Eisenbahninfrastruktur
15 (also insbesondere Schienennetz und Haltepunkte) weiterhin in staatlicher Hand
16 bleiben, während der Betrieb in sinnvollen, wettbewerbsrechtlich und EU-rechtlich
17 einwandfreien Strukturen privatisiert werden muss.

18 Wir fordern deshalb, die Deutsche Bahn AG auf zu splitten:

- 19 • Geschäftsfeld Infrastruktur (u.a. mit DB Netz AG, DB Station&Service AG und DB
20 Energie GmbH) weiterhin in Staatsbesitz in der Zuständigkeit des Eisenbahn-
21 Bundesamtes,
- 22 • Geschäftsfeld Personenverkehr (u.a. mit DB Fernverkehr AG und DB Regio AG) sowie
- 23 • Geschäftsfeld Güterverkehr & Logistik (u.a. mit DB Cargo AG und DB Schenker) zu
24 privatisieren.

25 Erst durch diese vollständige Trennung und Aufsplittung von Eisenbahninfrastruktur
26 und –betrieb kann gewährleistet werden, dass auf dem Betreibermarkt fairer Wettbewerb
27 herrschen kann und somit andere private Anbieter durch die derzeitige weitgehende de
28 facto-Monopolstellung der Deutschen Bahn AG nicht benachteiligt werden.

29 Bis dahin soll die Bundesrepublik Deutschland als Aktionär der Deutschen Bahn AG
30 mögliche Dividendenausschüttungen zweckgebunden in das Schienennetz re-investieren.

31 Wir fordern die Finanzmittel für die Schieneninfrastruktur deutlich zu erhöhen.
32 Gerade im Hinblick auf die investierten Summen in der Straßeninfrastruktur ist hier
33 Nachholbedarf vorhanden.

34 Auf der anderen Seite müssen durch Senkung von Steuern und Abgaben, die den
35 Schienenverkehr betreffen, attraktive Preise ermöglicht werden. Dies gilt
36 insbesondere für die Stromkosten, welche die zweithöchsten in der EU sind. Wir
37 fordern deshalb, die Stromsteuer für den Schienenverkehr abzusenken. Die EEG-Umlage
38 ist ein weiterer Kostentreiber für den Bahnbetrieb und muss grundlegend überarbeitet
39 werden. Bis dahin ist die EEG-Umlage für den elektrischen Schienenverkehr komplett
40 zu streichen. Für fairen Wettbewerb sind grenzüberschreitende Reisen von der
41 Umsatzsteuer zu befreien, wie das heute bereits im Flugverkehr üblich ist. Sofern
42 hierfür eine Änderung der europäischen Umsatzsteuer-Richtlinie erforderlich ist, soll
43 sich Deutschland auf europäischer Ebene hierfür einsetzen.

44 Ebenso muss der Bundeshaushalt indirekte Einnahmeausfälle aus den Trassenentgelten
45 hinnehmen. Diese Schienenmaut ist zu reduzieren, sodass die Bahn gegenüber anderen
46 Verkehrsträgern, die oftmals eine vergleichbare Belastung von null haben (z. B. Fern-
47 Reisebusse ohne allgemeine Straßenmaut), wettbewerbsfähig ist.

48 **Ausbau**

49 Die Schieneninfrastruktur wurde in den letzten Jahren stark vernachlässigt, so ist
50 das Netz von 1994 bis 2017 um über 15 Prozent geschrumpft. Ausweichgleise und Weichen
51 sind zurückgebaut worden oder gar verkommen lassen worden. Wir sehen großen
52 Nachholbedarf und setzen uns deshalb für eine Ausbau- und Sanierungsoffensive ein.

53 Es ist beschämend, dass Deutschland das Nadelöhr für den europäischen Schienen-
54 Güterverkehr ist. Andere Partnerländer halten ihre Ausbauszusagen ein, nur Deutschland
55 kommt nicht hinterher. So fehlen wichtige Zubringertrassen zum Gotthardtunnel im
56 Südwesten sowie ein Brennernordzulauf in Südostoberbayern. Wir fordern eine
57 leistungsfähige Eisenbahninfrastruktur. Hierzu muss das Schienennetz in den für den
58 Güterverkehr wichtigen Korridoren zuflügig und engpassorientiert ausgebaut werden. Ein
59 besonderes Augenmerk ist auch auf den Kapazitätsausbau in den Großknoten sowie die
60 Anpassung der Infrastruktur sowie der Leit- und Sicherungstechnik für die
61 durchgängige Fahrbarkeit von langen Güterzügen zu legen.

62 Lediglich 60 Prozent der Schienenkilometer in Deutschland sind elektrifiziert. Wir
63 fordern eine Aufstockung auf 70 % bis 2025 und 80% bis 2030, sowie anschließend eine
64 zügige weitere Elektrifizierung der verbleibenden Strecken, solange keine
65 überlegenere Antriebstechnik zur Verfügung steht. Wo eine Elektrifizierung aus
66 baulichen Gründen nicht möglich oder wirtschaftlich vertretbar ist (z.B. wegen
67 Tunnel- und Brückenhöhen), soll die Nutzung von alternativen Antrieben
68 (beispielsweise Wasserstoffzüge) fokussiert werden.

69 Weichen und Ausweichgleise sind aufrecht zu erhalten und an strategischen Punkten neu
70 zu errichten, um bei Baustellen, Störungen und anderen Problemen den Betrieb aufrecht
71 zu erhalten. Ausweichrouten sind auf wichtigen Strecken stets sicherzustellen. Zudem
72 sind die Strecken regelmäßig zu warten und langfristig zu planen, sodass sich
73 Verzögerungen für den Betrieb so gering wie möglich auswirken.

74 Auch die Bahnhofsinfrastruktur möchten wir fördern. Dabei soll zunächst der Fokus auf
75 überlasteten Fernbahnhöfen liegen und Ausbaupläne für Bahnhöfe, die an oder über der
76 Kapazitätsgrenze liegen, entwickelt werden. Wir bevorzugen den Ausbau existierender
77 Bahnhöfe, stehen aber auch sinnvollen Neubauten nicht im Weg. Bei allen
78 Erweiterungsmaßnahmen müssen eine frühzeitige und offene Kommunikation erfolgen sowie
79 realistische Zeit- und Finanzpläne aufgestellt werden, um Debakel wie bei Stuttgart
80 21 in Zukunft zu verhindern.

81 Zudem setzen wir uns dafür ein, leblose, ungenutzte Bahnhofs-Empfangsgebäude –
82 insbesondere im ländlichen Raum – mit Leben zu füllen. So sollen die Räumlichkeiten
83 von Firmen und Vereinen genutzt werden können.

84 Zudem muss umgehend ein Masterplan ETCS/digitale Leit- und Sicherungstechnik unter
85 Einbezug der Europäischen Eisenbahngesellschaft und in Kooperation mit dem Bahnsektor
86 entwickelt werden und der ETCS-Aufbau mit einem Sondertitel zur Digitalisierung von
87 Infrastruktur und Fahrzeugen unterstützt werden.

88 Bei neuen Strecken mit entsprechenden Verkehrsprognosen fordern wir eine Trennung von
89 Güter- und Personenverkehrstrassen. Andere Länder wie zum Beispiel Japan können hier
90 Vorbild sein. Dies führt sowohl zu erhöhter Zuverlässigkeit sowie zu einer
91 Verschiebung des Güterverkehrs auf die Schiene.

92 Wir fordern flächendeckende 4G-Netzabdeckung aller Trassen im Fernverkehr bis 2023,
93 im Regionalverkehr bis 2025 sowie die komplette 5G-Netzabdeckung bis 2028. Dafür
94 müssen Frequenzvergaben an verbindliche Zusagen zur Netzabdeckung geknüpft sein.

95 Für einen schnellen Ausbau brauchen wir ein Bahn-Infrastruktur-Beschleunigungsgesetz,
96 das für den Aus- und Neubau von Bahnstrecken den Prozess von Baugenehmigung
97 entbürokratisieren und beschleunigen kann.

98 **Digitalisierung**

99 **Mobilitätsplattform**

100 Wir möchten unterschiedliche Mobilitätsformen besser miteinander verknüpfen. Dazu
101 soll eine europaweite Mobilitätsplattform für intermodale Reiseketten entstehen.
102 Diese soll alle angebotenen Verkehrsträger – dabei kooperierende Anbieter
103 diskriminierungsfrei berücksichtigt – für eine Wegstrecke nach bestimmten Kriterien
104 verknüpfen und dem Nutzer die optimale Reisekette berechnen. Dabei sollen alle
105 Tickets und zusammengesetzten Kosten in eine Abrechnung münden. Die komplette Reise
106 soll auf der Plattform direkt bezahlt werden können.

107 Mittels lernender Systeme sollen langfristig durch Datenerfassung mit der
108 Mobilitätsplattform die Fahrpläne der genutzten Verkehrsträger optimiert werden. Auch
109 kurzfristig können mittels Echtzeitsystemen bei Unregelmäßigkeiten oder Überlastung
110 (wie Stau oder Überbuchung) notwendige Maßnahmen (wie zusätzliche Kapazitäten oder
111 Umfahrungen) bereitgestellt werden. Der Nutzer soll über die Unregelmäßigkeit und
112 bereit gestellte Alternative informiert werden.

113 Durch digitale Wagennummerierung und Sensortechnik sollen von der Mobilitätsplattform
114 Wagenempfehlungen ausgesprochen werden, um Überlastung zu vermeiden und freie
115 Sitzplätze anzuzeigen.

116 Wir möchten so das Reisen mit der Bahn attraktiver gestalten und durch Intermodalität
117 zur Klimaneutralität beitragen.

118 Bei der Datenerfassung für die lernenden Systeme muss größter Fokus auf Datenschutz
119 und Anonymisierung gelegt werden. Bewegungsprofile dürfen nicht erstellt werden.

120 **Energieversorgung**

121 Die Klimaeffizienz der Bahn hängt wie bei jedem Verkehrsmittel vom Energieträger,
122 also insbesondere vom Strommix in Deutschland, ab. Wir begrüßen die Pläne der
123 Deutschen Bahn zur Klimaneutralität bis 2038. Der von der Bahn bezogene Energiemix
124 soll transparent dargestellt werden. Beim Umstieg auf erneuerbare Energien muss
125 selbstverständlich die Versorgungssicherheit gewährleistet sein. Hier könnte die Bahn
126 mit innovativen Energiespeichertechnologien wie Wasserstoff und Brennstoffzellen oder
127 batteriebetriebenen Fahrzeugen einen technologischen Vorreiter für die Bundesrepublik
128 stellen.

129 **Personenverkehr**

130 Wir fordern kostenfreies WLAN in allen Fern- und Regionalzügen. Eine
131 zufriedenstellende Geschwindigkeit muss auch bei hoher Auslastung sichergestellt
132 werden.

133 Wir setzen uns für eine Reform der Erstattungsrichtlinien ein. Dazu muss der Artikel
134 17 der europäischen Verordnung (EG) 1371/2007 über die Rechte und Pflichten der
135 Fahrgäste im Eisenbahnverkehr reformiert werden. Wir fordern: Pro Minute Verspätung
136 im Zielbahnhof soll der Kunde 1 Prozent des Fahrpreises zurück erhalten. Der Betrag
137 muss im Fernverkehr ab 30 Minuten, im Regionalverkehr ab 20 Minuten Verspätung im
138 Zielbahnhof ausgezahlt werden. Der Erstattungsprozess soll vereinfacht und voll
139 automatisiert werden. Fahrgäste sollen nach Möglichkeit das Recht erhalten, auf dem
140 gleichen Wege, wie sie ihre Zahlung bewirkt haben, auch die Erstattung zu erhalten.

141 **Fernverkehr**

142 Wir fordern einen Aus- und Neubau von Hochgeschwindigkeitstrassen zwischen den
143 deutschen Großstädten und Metropolregionen (München, Stuttgart, Frankfurt,
144 Köln/Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Halle/Leipzig). Auf allen wichtigen Verbindungen
145 muss mindestens Tempo 250 ermöglicht werden. Mittelfristig ist der Ausbau aller
146 Strecken für Fahrten mit 300 km/h zu forcieren. Dazu gehört ebenfalls die Anbindung
147 des Hamburger und Münchner Flughafens an das Fernverkehrsnetz der Bahn. Dies soll die
148 Notwendigkeit von Inlandsflügen sowie kurzen innereuropäischen Flügen verringern und
149 möglichst obsolet machen. Der Bahnverkehr muss auf diesen Strecken bei Fahrdauer und
150 Fahrtpreis konkurrenzfähig sein. Dabei sind auch die Fernfahrpläne so anzupassen,
151 dass es für Berufsreisende möglich ist, Termine am frühen Morgen in entfernten
152 Großstädten zu erreichen. Ein stärkerer internationaler Wettbewerb muss auch im
153 Personenfernverkehr ermöglicht werden. Die Zulassung ausländischer Mitbewerber sollte
154 in Zukunft ohne unnötige nationale Hürden erfolgen, allerdings unter Beachtung der
155 Gegenseitigkeit. Die sog. Slots für Fernverbindungen müssen in fairem Wettbewerb
156 vergeben werden.

157 **Regionalverkehr**

158 Für uns gehört der Regionalverkehr zur Daseinsvorsorge. Insbesondere im ländlichen
159 Raum muss die Anbindung gewährleistet sein. Daher hat der Staat (sei es Bund oder
160 Land) auch die notwendigen Mehrkosten dafür zu tragen. Der Betrieb soll
161 vergaberechtlich fair ausgeschrieben werden.

162 Ferner setzen wir uns für Steckdosen in allen Regionalzügen auch in der 2. Klasse
163 ein.

164 **Güterverkehr**

165 Unser Ziel ist es, mehr Gütertransporte auf die Schiene zu verlegen. Dies ist in
166 Zeiten der zunehmenden Bedeutung des Klimaschutzes eine wirksame Maßnahme zur
167 Einsparung von Treibhausgasen.

168 Der Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene muss von heute 18 Prozent auf mindestens
169 30 Prozent im Jahr 2030 steigen. Dazu ist es zwingend notwendig, dass der Masterplan
170 Schienengüterverkehr des BMVI rasch umgesetzt wird.

171 Ein probates Mittel kann dabei sein, ganze LKWs komplett auf die Schiene zu laden.
172 Diese sogenannten rollenden Landstraßen sind beispielsweise in Österreich bereits
173 Gang und Gäbe und tragen erfolgreich zur Reduktion von Verkehr auf der Straße und
174 Einsparung von CO2 bei.

175 Wir sind überzeugt, dass durch die oben geforderte Abschaffung von finanzieller
176 Mehrbelastung (EEG-Umlage, Stromsteuer, hohe Trassenentgeltegebühren) die Schiene
177 absolut konkurrenzfähig zur Straße werden kann.

178 Darüber hinaus müssen Maßnahmen zur Automatisierung und Beschleunigung des
179 Güterumschlags ergriffen werden. Die Umschlagszeit wird durch Optimierung verkürzt
180 und daraus resultierend auch die Lager- und Wartezeit der Ware. Dies führt zu einer
181 kosten- und zeiteffizienteren Logistik. Durch den Einsatz intelligenter, lernender
182 und prädiktiver Systeme kann der Güterumschlag besser gestaltet und außerdem
183 Personalmangel durch autonome Systeme ausgeglichen werden. Neben automatisiertem Be-
184 und Entladen der LKWs fordern wir autonome Lagersysteme, die auf Grundlage
185 verschiedener Daten die optimale Zusammenstellung und (Zwischen-)Lagerung der Waren
186 berechnen. So kann sichergestellt werden, dass es zu keinen Kosten- und
187 Zeitnachteilen, kommt wenn man auf den Transport per Bahn setzt.

188 Bis zur vollständigen Integration sollen Bund und Bahnsektor digitale Testfelder für
189 vernetztes Fahren und Automatisierung in der Zugbildung starten.

190 **Europafokus**

191 Grundsätzlich setzen wir uns für eine europaweite Integration der Maßnahmen ein. Wir
192 fordern die Standardisierung und Vernetzung des europäischen Netzes, um
193 grenzüberschreitende Fahrten zu erleichtern. Dazu gehört auch, dass bei der
194 Neuentwicklung von Zügen und Steuerungssystemen Synergieeffekte ausgenutzt werden.

195 Die Deutsche Bahn soll enger und intensiver mit europäischen Partnern
196 zusammenarbeiten. Das Buchen insbesondere für grenzüberschreitende Fahrten oder
197 Spezialfahrten wie Nachtzüge soll vereinfacht und optimiert werden.

198 Wir fordern eine europäische Verordnung zum Verbot von Diskriminierung von Preisen im

199 Zugverkehr. Innerhalb der Europäischen Union müssen für Fahrten eines Anbieters
200 unabhängig vom Buchungsort oder der Herkunft des Fahrgastes zum selben Zeitpunkt die
201 gleichen Preise gelten; Diskriminierung abhängig vom Vertriebsweg (z. B. günstigere
202 Preise bei Onlinebuchung statt Service-Buchung im Reisebüro) sollen jedoch zulässig
203 sein bzw. bleiben.

204 **Bahn – fit in die Zukunft**

205 Wir Freie Demokraten setzen uns für Technologieoffenheit im Bahnsektor ein. Bei
206 Neubaustrecken ist der aktuelle Stand der Technik umzusetzen und zugleich die
207 Kompatibilität mit aussichtsreichen Zukunftstechnologien zu beachten.

208 Wir möchten den Bahnsektor zum Technologievorreiter machen und eine
209 Forschungsoffensive für innovative Mobilitätsformen ins Leben rufen. So sollen auch
210 neue Konzepte wie Wasserstoffzüge oder Hyperloops aktiv angegangen werden. Auch
211 bereits in anderen Ländern erfolgreich etablierte Systeme wie der in Deutschland
212 entwickelte Transrapid müssen ergebnisoffen betrachtet werden.

nachverfolgen kann. Hinzu kommt, dass die Kontaktdaten der Gäste ohnehin nicht überprüft werden und daher zahlreiche Personen schlichtweg unwahre Angaben machen.

(2) Datenschutz: Es ist völlig unklar, was mit den massenhaft gesammelten Daten passiert. Nicht nur werden von den Restaurant-Betreibern regelmäßig die Bestimmungen der DSGVO (etwa zur sicheren Aufbewahrung und Vernichtung) missachtet, auch zeigen Medienberichte, dass die Daten auch durch den Staat regelmäßig für komplett sachfremde Zwecke missbraucht werden; etwa zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, die nichts mit dem Infektionsschutz zu tun haben. Das darf nicht sein. Auch hier wäre die Corona-Warn-App wesentlich besser, da diese allen Datenschutzstandards genügt und eine pseudonyme Kontaktnachverfolgung ermöglicht.

Daher sollte die pauschale Datensammelwut in Restaurants beendet und stattdessen der Gebrauch der Corona-Warn-App bei Restaurant-Besuchen vorangetrieben werden. So würde im Nebeneffekt auch zusätzlich die Kontaktnachverfolgung im öffentlichen und privaten Raum verbessert.

Antrag 08: Quis custodit custodes

Antragsteller/in: Bezirksvorstand

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die überwiegende Mehrzahl der Polizeibeamt(inn)en macht eine hervorragende Arbeit.
- 2 Sie sind der Garant für unsere Sicherheit in Bayern und Deutschland. Doch wie in
- 3 jeder Organisation gibt es auch in der Polizei gelegentlich schwarze Schafe. Es ist
- 4 im Sinne aller Beteiligten, dass diese schnell identifiziert und aus dem Dienst
- 5 entfernt werden können.
- 6 Daher fordern wir, eine deutlich sichtbare, individuelle Kennzeichnung in Form einer
- 7 pseudonymisierten Identifikationsnummer an der Polizeiuniform einzuführen. Außerdem
- 8 soll die Verfolgung von Dienstvergehen innerhalb der Polizei nicht mehr durch die
- 9 eigenen Kolleg(inn)en erfolgen, sondern durch eine dafür einzurichtende, unabhängige
- 10 Stelle bei der Staatsanwaltschaft, wie sie etwa auch in Irland, Großbritannien, USA,
- 11 Norwegen, Kanada und Australien existiert, an die sich die Bürger(innen) mit Anzeigen
- 12 oder allgemeinen Beschwerden direkt wenden können.
- 13 Zuletzt soll die Videoaufzeichnung von Bodycams bei der Polizei nicht nur durch die
- 14 Beamt(inn)en selbst ausgelöst werden können, sondern bei Personenkontrollen und
- 15 insbesondere beim Ziehen der Dienstwaffe grundsätzlich automatisch erfolgen.

Begründung

Die Einstellungsquote bei Verfahren gegen Polizist(inn)en beträgt in Deutschland zurzeit über 95%, in nur 3% der Fälle wird überhaupt Anklage erhoben. Dies liegt auch daran, dass oftmals Tatverdächtige nicht identifiziert werden können, Betroffene den Gang zur Polizei scheuen, wenn sie selbst Opfer von Polizeigewalt geworden sind und Ermittlungsverfahren eingestellt werden, weil sich Polizist(inn)en weigern, gegen ihre eigenen Kolleg(inn)en zu ermitteln oder auszusagen (sog. „Mauer des Schweigens“). Kritiker bezweifeln daher die Effektivität der internen Kontrolle bei der Polizei.

Literatur:

- Kröniger, Silke (2007): „Die Rolle einer Berufsgruppenidentität bei der Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft“. In: Ohlemacher/Mensching/Werner (Hrsg.): *Empirische Polizeiforschung VIII: Polizei im Wandel? Organisationskultur(en) und –reformen*, Band 6. Verlag für Polizeiwissenschaft. Frankfurt/Main 2007.
- Singlenstein, Tobias (2010): „Polizisten vor Gericht. Strafverfahren wegen Körperverletzung im Amt“. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 95 (1/2010)
- Singlenstein, Tobias (2013): „Körperverletzung im Amt durch die Polizisten und die Erledigungspraxis der Staatsanwaltschaften – aus empirischer und strafprozessualer Sicht“. In: *Neue Kriminalpolitik*, Jahrgang 25, Heft Nr. 4, Nomos Verlag 2013.

Antrag 09: Nichtanzeige geplanter Straftaten

Antragsteller/in: Bezirksvorstand

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, die Tatbestandsvoraussetzungen des § 138 StGB (Nichtanzeige geplanter
- 2 Straftaten) zu ergänzen um Straftaten:
- 3 1. gegen die sexuelle Selbstbestimmung in den Fällen der §§ 174 bis 182;
- 4 2. gegen die körperliche Unversehrtheit in den Fällen der §§ 224 bis 227;
- 5 3. gegen die persönliche Freiheit in allen Fällen der §§ 232 bis 233a und 235 bis
- 6 239 und
- 7 4. im Amt in den Fällen der §§ 332, 335, 339 und 344 StGB.
- 8 § 139 StGB bleibt davon unberührt.

Begründung

Laut § 138 Strafgesetzbuch (StGB) macht sich selbst strafbar, wer bestimmte geplante Straftaten Dritter nicht zur Anzeige bringt. Dazu gehören etwa Raub, Mord oder Brandstiftung, aber auch Landesverrat und sogar Geld- oder Wertpapierfälschung - nicht aber Verbrechen wie etwa Vergewaltigungen, Kindesmissbrauch, schwere Körperverletzung, Genitalverstümmelung, Kinderhandel oder Zwangsheirat. Letzteres ist unverantwortlich und falsch. Daher sollten deren Nichtanzeige ebenfalls nach § 138 StGB strafbar werden. Dies erhöht insbesondere den Druck auf Mitwisser, entsprechende Schreckenstaten zur Anzeige zu bringen, bevor es zu spät ist. Geistliche, Rechtsanwälte, Ärzte, das Opfer selbst, sowie Dritte, die sich durch die Anzeige selbst gefährden würden, bleiben bereits jetzt straffrei.

Antrag 10: Echte Online-Wache einrichten: Online-Anzeigeerstattung für weitere Delikte ermöglichen

Antragsteller/in: Bezirksvorstand

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, die Möglichkeit der Online-Anzeigeerstattung bei der Bayerischen Polizei
- 2 unter <https://anzeige.polizei.bayern.de/> für grundsätzlich alle Straftaten und
- 3 Ordnungswidrigkeiten zu ermöglichen.

Begründung

Derzeit ist die Erstattung von Online-Anzeigen in Bayern lediglich für wenige, ausgewählte Delikte möglich; namentlich für Betrug mittels Online-Auktion, Fahrraddiebstahl, Fahrradunterschlagung, Sachbeschädigung an einem Fahrrad, Diebstahl von Teilen an einem Fahrzeug, Diebstahl von Gegenständen aus einem unversperrten Kraftfahrzeug und Sachbeschädigung an einem Kraftfahrzeug. Alle anderen Delikte können nach wie vor nur persönlich auf einer Polizeiwache angezeigt werden. Durch diese Hürde wird die Verfolgung von Straftaten sowohl für die Behörden, als auch für die Opfer erheblich erschwert. Es ist schlechterdings nicht nachvollziehbar, wieso im digitalen Zeitalter Anzeigen nicht auch online erstattet werden können - zumal es den Polizeibehörden unbenommen bleibt, weiterhin Zeugen auch persönlich vorzuladen, sollte dies notwendig sein. Insbesondere in Bezug auf Delikte, die vor allem im Internet stattfinden (etwa Beleidigung, Volksverhetzung, Kinderpornografie etc.) wäre eine direkte Online-Anzeigeerstattung zudem auch aus Praktikabilitätsgründen überaus nützlich. Daher sollte diese künftig grundsätzlich für alle Straftaten und Ordnungswidrigkeiten möglich sein.

Stand der Anträge vom letzten Bezirksparteitag (Antragsnachverfolgung)

Nr.	Antragstitel	Antragssteller	Stand / Verlauf
001	Reformen für ein demokratischeres Europa	Bezirksvorstand	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksparteitag beschlossen • Zum Landesparteitag eingereicht • Vom Landesvorstand beschlossen • Zum Bundesparteitag eingereicht • Verwiesen an die Programmkommission zur BTW • Als Änderungsanträge im Bundesfachausschuss Internationales eingereicht • In Teilen vom Bundesvorstand beschlossen
002	50 Jahre G10: Zeit für Rechtsstaat!	Bezirksvorstand	<ul style="list-style-type: none"> • Verwiesen an Bezirksforum Innen. Ergebnis: Annahme wird empfohlen • Vom Bezirksvorstand beschlossen • Zum Landesparteitag eingereicht • Verwiesen an den LFA Innen
003	Der Rechtsstaat für Europa - Europäisches Justizsystem weiterentwickeln!	Bezirksvorstand	<ul style="list-style-type: none"> • Verwiesen an das Bezirksforum Innen. Ergebnis: Annahme wird empfohlen • Vom Bezirksvorstand geändert beschlossen • Zum Landesparteitag eingereicht • Verwiesen an die LFAs Innen und Außen. Ergebnis: Annahme wird empfohlen • Beraten im Landesvorstand, Entscheidung anhängig
004	Das IB (International Bakkalaureat) an bayerischen Gymnasien optional einzuführen.	KV Starnberg, KV Ingolstadt	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand nicht beschlossen • Vom Landesparteitag verwiesen an den LFA Bildung
005	Kranken- und Pflegeversicherung von minderjährigen Auszubildenden in der Familienversicherung der GKV	KV Miesbach, KV Freising, KV Ingolstadt, KV FFB, Fritz Haugg, Christian Bertl, Uschi Lex	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksparteitag beschlossen • Zum Landesparteitag eingereicht • Verwiesen an den LFA Gesundheit. Ergebnis: Annahme wird empfohlen
008	Liberaler Tierschutz	Bezirksforum Landwirtschaft, Umwelt, Tierschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksparteitag beschlossen • Zum Landesparteitag eingereicht (abgesagt) • Zum Bundesparteitag als Änderungsanträge zum Tierschutzantrag des Bundesvorstands eingereicht • Verwiesen an die Programmkommission zur BTW

006	Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung von Milchkühen	Bezirksforum Landwirtschaft, Umwelt, Tierschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand beschlossen • Zum Bundesparteitag als Änderungsanträge zum Tierschutzantrag des Bundesvorstands eingereicht • Verwiesen an die Programmkommission zur BTW
007	Verbot der Kastenstandhaltung bei der Schweinezucht		
009	Qualzucht: Hochleistungs-Milchkühe		
010	Qualzucht: Hund- und Katzenrassen		
011	Qualzucht: Kaninchen		
012	Ferkelkastration		
013	Hebammen Unterstützung	Bezirksvorstand Liberale Frauen Oberbayern, Junge Liberale Oberbayern	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksparteitag beschlossen • Zum Landesparteitag eingereicht • Verwiesen an den LFA Gesundheit. Ergebnis: Zurückverweisung
014	Wir machen mobil! - für eine liberale Verkehrspolitik in Oberbayern	Junge Liberale Oberbayern	<ul style="list-style-type: none"> • Verwiesen an das Bezirksforum Verkehr
015	Nichts sehen, nichts hören, nichts verstehen – Antrag für mehr Inklusion im Theater	Junge Liberale Oberbayern	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand beschlossen • Zum Landesparteitag eingereicht (abgesagt)
016	Mündigkeit von Minderjährigen im Hinblick auf Schwangerschaftsabbrüche anerkennen	Junge Liberale Oberbayern	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand nicht beschlossen. Beratung auf dem Parteitag wird empfohlen.
018	Bologna-Prozess umsetzen - Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens	KV Starnberg, KV Ingolstadt	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand beschlossen • Verwiesen an den LFA Wissenschaft
019	Schaffung eines Stadt-/Umlandverbandes und Übertragung von Teilkompetenzen des kommunalen Planungsrechts	Kreisverband München-Süd	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand nicht beschlossen • Vom Landesparteitag verwiesen an den VLK
020	Starke Wettbewerbsbehörden für starke Digitalisierung	Kreisverband München-Süd	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand geändert beschlossen

021	Unterstützung von Pilotprojekten zur Verbesserung der Qualität an Schulen	Kreisverband München-Süd	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand beschlossen
022	Entschädigungsanspruch für zu Unrecht erlittene Haft in Justizvollzugsanstalten oder in der forensischen Psychiatrie	Kreisverband München-Süd	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand beschlossen • Verwiesen an den LFA Innen. Ergebnis: Annahme wird empfohlen
023	Streikpraxis im Bereich öffentlicher Verkehr sowie der öffentlichen Grundversorgung	Kreisverband München-Süd	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand beschlossen • Verwiesen an den LFA Soziales
024	Gütesiegel für artgerechte Tierhaltung	Kreisverband München-Süd	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand nicht beschlossen • Vom Landesparteitag verwiesen an den LFA Wirtschaft
025	Keine Grundsteuerreform zulasten der Kommunen	Kreisverband München-Süd	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand nicht beschlossen
026	Antrag des FDP Kreisverbandes München Ost	KV München Ost	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Bezirksvorstand nicht beschlossen